



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

*Endlagersuche in Deutschland - Fakten, Probleme,
Perspektiven rund um den Atommüll*

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de



A. Die Fakten

Atommüll – Entstehung und bisheriger Umgang

Ungeachtet der geringen Mengen an radioaktiven Abfällen, die in verschiedenen Lebens- und Arbeitsbereichen anfallen können, wird der Großteil dieses sogenannten „Atommülls“ in Deutschland von der Energiewirtschaft produziert. Dies geschieht in den Kernreaktoren der Kraftwerke, die die Energieversorgung der Bevölkerung sichern sollen. Auf diese Weise fallen in der Bundesrepublik jedes Jahr ca. 500 Tonnen radioaktiven Abfalls an, zumeist in Form abgebrannter und somit nicht mehr nutzbarer Brennstäbe.



© www.aboutpixel.com – svair

Während die Lagerung nicht radioaktiver jedoch toxischer Stoffe weltweit ohne großes Aufsehen vorstattengeht, wird die Endlagerung radioaktiven Mülls als eine der größten Herausforderungen der Menschheit im 21. Jahrhundert betrachtet. Die Suche nach geeigneten Zwischen- und vor Allem Endlagern hat dabei oberste Priorität.

Eine vorläufige Lösung bestand in Deutschland im Anlegen sogenannter Zwischenlager. Eines, für sogenannte „mittelaktive“ Abfälle, befindet sich im nordrheinwestfälischen Ahaus, ein anderes in Gorleben in Niedersachsen. Hier können hochradioaktive Elemente aus der Wiederaufbereitung gelagert werden. Eigens zu diesem Zweck eingerichtete Transporte von radioaktivem Material sorgten immer wieder für Proteste innerhalb der Bevölkerung. Besonders die sogenannten „Castortransporte“ mittels eigens dafür angefertigter Transportbehälter gerieten immer wieder in den Fokus von Öffentlichkeit und der Medien. Demonstranten ketteten sich an die Bahngleise oder versuchten auf ähnlich spektakuläre Art, die Weiterfahrt der Züge hinauszuzögern. Ein riesiges Polizeiaufgebot wurde zum Schutz der Transport abgestellt, was die Kosten des Unternehmens natürlich enorm steigen ließ.

Diese Vorgehensweise entspricht dem Vorhaben, alle angefallenen und noch anfallenden Abfälle in Deutschland unterirdisch zu lagern. Nach jahrelangen Untersuchungen verschiedener Gesteinsformationen haben sich hierzulande Salzstöcke als besonders geeignet erwiesen. Gleichzeitig konnte festgestellt werden, dass sich Standorte in Norddeutschland eher für eine Endlagerung eignen, weil das Bodenmaterial im Verhältnis zum süddeutschen Raum in sich stabiler gelagert ist. Diese Hinwendung Richtung Norddeutschland wird indes nicht überall mit Begeisterung hingenommen. Die betroffenen Bundesländer, allen voran Nordrhein Westfalen und Niedersachsen, verstehen natürlich den Grund für diese Art der Entscheidung. Gleichwohl fühlen sie sich benachteiligt und fordern mehr Unterstützung im Bund.

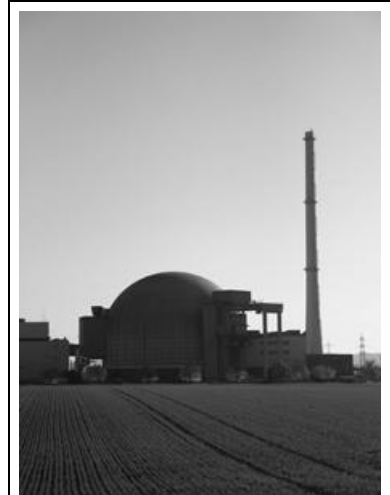
Eine baldige Lösung ist nicht in Sicht. Es sieht so aus, als ob sich die betroffenen Standorte vorerst mit ihrer Rolle als Zwischenlager abfinden müssten.

Die aktuelle Diskussion

Nachdem eine Bevorzugung Norddeutschlands als Standort für ein mögliches Endlager wegen der dargelegten Argumente durchaus als sinnvoll angesehen werden konnte, überraschte Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) Anfang April 2013 mit einer neuen Meldung. Er habe, so heißt es in den Medien, einen historischen Durchbruch geschafft und beabsichtige nun eine bundesweite Suche vorzunehmen.

Zu diesem Zweck werde eigens eine 24-köpfige Kommission berufen werden, die in den nächsten zweieinhalb Jahren, also bis Ende 2015, Kriterien für ein Suchverfahren erarbeiten soll. Dabei solle es eine „weiße Landkarte“ geben was bedeutet, dass kein möglicher Standort von vornerein begünstigt werde.

Die Kritik zu Altmaiers Vorschlägen geht weit über das Thema Endlager hinaus. So verweist das Land Niedersachsen z.B. darauf, dass zunächst die Frage der Lagerung der aktuell anfallenden Abfälle gelöst werden müsse. Man dürfe sich hierbei nicht auf Gorleben konzentrieren. Auch die Sprecher der Partei DIE GRÜNEN sehen in der Klärung ein vorrangiges und dringenderes Ziel. Weitere Kritik kommt von den Energieerzeugern. Bisher weigern sich diese, einen Teil der Kosten für die Endlagersuche zu übernehmen und das obwohl sie die Verantwortlichen für die Erzeugung der Abfälle sind.



© www.aboutpixel.com – svair

Überraschen ist auch die Reaktion von Altmaiers Parteigenossen. Während in den rot-grün geführten Ländern durchaus die Bereitschaft besteht, zumindest einige der Castor-Behälter aufzunehmen, kann davon bei Ländern mit CDU-Regierung keine Rede sein. Es scheint, als sei der beschworene Konsens, bei dem Peter Altmaier alle Beteiligten in ein Boot holen wollte, nun doch nicht so sicher, wie zunächst angenommen. Auch wenn der Minister mit seinem Vorhaben eines Endlager-Gesetzes bereits einen weiten Weg zurückgelegt hat, scheint noch viel Überzeugungsarbeit vor ihm zu liegen. Auf jeden Fall ist die Frage nach Gorleben als Zwischen- oder gar als Endlager vorläufig immer noch nicht geklärt.

B. Thesen

- Gorleben sei wegen seiner geologischen Lage bestens für ein Endlager geeignet. Man habe bereits Erfahrung im Umgang mit den Transporten und mit der Lagerung selbst. Alle neuen Versuche einer Standortbestimmung führen zu zusätzlichen Kosten und bergen hohe Risiken.
- Eine deutschlandweite Suche für ein neues Endlager entspricht dem demokratischen Selbstverständnis der Bundesrepublik. Es müsse, unabhängig heutiger Begebenheiten, der möglichst beste weil sicherste und zweckmäßigste Standort gefunden werden.



© www.aboutpixel.com – Thomas Mueller



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

*Endlagersuche in Deutschland - Fakten, Probleme,
Perspektiven rund um den Atommüll*

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de

